

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4898



**Bundesvereinigung
Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.**

Kaiserplatz 3
53113 Bonn

Tel.: 0228 91185-0
Fax: 0228 91185-22

www.bvmb.de
info@bvmb.de

Vereinsregister Bonn
Nr. 3079

30. September 2015
az/sk

BVMB • Kaiserplatz 3 • 53113 Bonn

Herrn
Thomas Rother, MdL
Vorsitzender des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Postfach 7121
24171 Kiel

per E-Mail:
finanzausschuss@landtag.ltsh.de

**Landesvermögen schützen – unwirtschaftliche öffentlich-private
Partnerschaften (ÖPP) verhindern;
Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drucksache 18/3063)**

Sehr geehrter Herr Rother,

wir danken Ihnen dafür, dass Sie uns die Gelegenheit geben, zum Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drucksache 18/3063) Stellung zu nehmen.

Wir möchten dabei den Fokus auf die Mittelstandfeindlichkeit von ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau richten.

Im Oktober vergangenen Jahres haben insgesamt 119 mittelständische Bauunternehmen mit rund 40.000 Beschäftigten eine Resolution gegen ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau verfasst, mit dem Titel:

**NEIN zu mittelstandsfeindlichen ÖPP-Großprojekten im Verkehrswegebau und
JA zu verstärkten Investitionen auch durch privates Kapital**

die wir Ihnen als Anlage gern beifügen.

Der Wettbewerb um ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau beschränkt sich auf eine geringe Anzahl von ausländischen Baukonzernen und in- und ausländischen Großbanken und Betreibern. Die Hauptursachen für die Ausgrenzung mittelständischer Bauunternehmen liegen in den nicht erfüllbaren Anforderungen im Finanzierungswettbewerb und den mittelstandsfeindlichen Rahmenbedingungen. Neben der Eigenkapitalproblematik bei der Projektfinanzierung zählen die hohen Präqualifikationsanforderungen und die exorbitant hohen Angebotsbearbeitungskosten zu den maßgeblichen Marktbarrieren für den Bau-Mittelstand.

Wenn ÖPP-Großprojekte nach derzeitigen Modellen (A-, F- und V-Modelle) ausgeschrieben werden, hat das folgende Auswirkungen auf vorwiegend regional tätige mittelständische Bauunternehmen:

1. Verdrängung in die oftmals ruinöse Nachunternehmerposition als vorwiegend tätige Lohn-dienstleister, die dann im Wettbewerb zu Niedriglohnunternehmen stehen.
2. Abbau gut ausgebildeter, langjährig tätiger Facharbeiter, Meister und Ingenieure wegen fehlender Umsätze und Gewinne.
3. Reduzierung der gewerblichen Ausbildung im Straßen-, Tief- und Ingenieurbau.
4. Verlust der Wertschöpfung und Steuern in der Region und Verlagerung ins Ausland.
5. Verlust der Innovationskraft.

ÖPP-Projekte gefährden somit massiv die Existenz mittelständischer Bauunternehmen. Dies kann auch von der Politik nicht gewollt sein.

Mittelständische Bauunternehmen haben bei konventioneller Realisierung von Bauprojekten seit Jahrzehnten bewiesen, dass sie als Hauptunternehmer mit eigenem Stammpersonal Bundesfernstraßen mit hoher Qualität und Termintreue bauen können. Sie stehen mit sozialer Kompetenz zu ihrer Belegschaft. Bei einer Trennung des Finanzierungswettbewerbs vom Wettbewerb um Bau-, Erhaltungs- und Betriebsleistungen oder bei ausreichender Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln für den Bundesfernstraßenbau können mittelständische Bauunternehmen als Hauptunternehmer genauso schnell, qualifiziert und innovativ auch große Lose – wie sie bei ÖPP-Projekten vorgesehen sind – ausführen. Dadurch können auch langfristig Arbeits- und Ausbildungsplätze in der deutschen Bauwirtschaft garantiert werden.

Beispielsweise durch die Errichtung einer dauerhaften Infrastrukturgesellschaft in staatlicher Hand, die private Gelder verwaltet, Projekte finanziert und betreibt, sowie Renditen für privates Kapital ausschütten kann, sind mittelständische Bauunternehmen in der Lage, auch große Losabschnitte im Bundesfernstraßenbau auszuführen und zu erhalten.

Wir schlagen vor,

- die Finanzierung bei staatlichen Banken oder einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft,
- Planung, Bau und bauliche Erhaltung bei der örtlich ansässigen mittelständischen Bauwirtschaft, auch in größeren Losen, und
- die Betriebsleistungen in den bewährten Händen von Straßenbaumeistereien

zu belassen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Annette Zülch, Dipl.-Ing.
Geschäftsführerin

Anlage

ÖPP-Bundesfernstraßenbau ist wirtschaftlich zweifelhaft und mittelstandsfeindlich!



Verlierer sind der Steuerzahler und die mittelständische Bauwirtschaft!

Warum?

- Der Staat gibt seine Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur weitestgehend auf.
- ÖPP-Projekte im Bundesfernstraßenbau sind nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes deutlich teurer als die konventionelle Realisierung durch die öffentliche Hand zu Lasten des Steuerzahlers.
- Der Staat belastet zukünftige Haushalte durch die Abfinanzierung der ÖPP-Projekte.
- Der Staat begibt sich in die Abhängigkeit von Finanzinvestoren und Baukonzernen.
- Langfristige Risiken der ÖPP-Projekte, die sich aus der Finanzierung und dem Betrieb ergeben, sind nicht sicher kalkulierbar und können nicht von mittelständischen Bauunternehmen als Konzessionär übernommen werden.
- Der Wettbewerb im Bundesfernstraßenbau wird auf wenige Bieter begrenzt.
- Mittelständische Bauunternehmen werden in die Abhängigkeit von wenigen ausländischen Baukonzernen gedrängt.
- Risiken, die der Mittelstand als Nachunternehmer übernehmen muss, können existenzbedrohend sein.
- Die mittelständische Bauwirtschaft muss Arbeitsplätze abbauen, da sie durch ÖPP-Projekte zunehmend aus dem Markt des Bundesfernstraßenbaus als Hauptunternehmer verdrängt wird und kaum alternative Märkte vorhanden sind, auf denen entsprechende Beschäftigung und Umsätze generiert werden können.
- Die mittelständische Bauwirtschaft wird in ihrer Struktur geschwächt.

Wir fordern:

- Erhalt und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur durch Haushaltsmittel und privates Kapital.
- Verlässlichen Finanzierungsrahmen für die Verkehrsinfrastruktur durch öffentliche Haushalte.
- Keine Kürzung von Haushaltsmitteln durch privates Kapital.
- Prüfung der Errichtung einer dauerhaften Infrastrukturgesellschaft des Bundes, die Gelder verwaltet, Projekte finanziert und Renditen für privates Kapital ausschütten kann.
- Erhalt der Finanzierungs- und der Betriebskompetenz beim Staat.
- Trennung der Finanzierung und des Betriebes vom Bau der Verkehrsinfrastruktur.
- Masterplan Verkehrsinfrastruktur, damit schnell und effektiv in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden kann.
- Ausreichende Planungsmittel für den notwendigen Planungsvorlauf.
- Stärkung und Ausbau der Kompetenz und der Kapazitäten der Bauverwaltungen.
- Sicherung eines breiten Bauleistungswettbewerbs unter Beteiligung der mittelständischen Bauwirtschaft.
- Konventionelle Vergaben der Bauleistungen in mittelstandsgerechten Paketen.

Bewährte Vergaben nach VOB/A durch leistungsfähige Bauverwaltungen bieten:

- Faire Risikoverteilung durch eindeutig beschriebene Leistungsbeschreibungen.
- Ebenfalls kurze Bauzeiten, minimierte Verkehrsbehinderungen und nachhaltige Qualitäten.
- Mittelstandsgerechte Losgrößen und einen breiten Wettbewerb.
- Langfristig gesicherte Arbeitsplätze in der mittelständischen Bauwirtschaft.
- Zukunftschancen für qualifizierte Ingenieure und die gewerbliche Ausbildung im Straßen-, Tief- und Ingenieurbau.



119 mittelständische Bauunternehmen haben im Oktober 2014 eine Resolution zu ÖPP im Verkehrswegebau unterschrieben und den Ministern der Bundesministerien der Finanzen, für Wirtschaft und Energie sowie für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Verkehrsministern der Länder übersandt.

Resolution der mittelständischen Bauwirtschaft

- **NEIN zu mittelstandsfeindlichen ÖPP-Großprojekten im Verkehrswegebau**
- **JA zu verstärkten Investitionen auch durch privates Kapital**

In mehreren Bundesministerien (BMVI, BMWi, BMF) werden derzeit Initiativen zur Stärkung der Investitionen in Deutschland vorbereitet.

Im Fokus stehen dabei auch Überlegungen zur Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Infrastrukturvorhaben, insbesondere auch für die Finanzierung des Bundesfernstraßennetzes. Die mittelständische Bauwirtschaft begrüßt diese Initiativen.

Gleichzeitig sieht die mittelständische Bauwirtschaft mit großer Sorge, dass bei den Überlegungen des Bundes zur Überwindung der Investitionsschwäche in der (Verkehrs-)Infrastruktur zunehmend ÖPP-Projekte instrumentalisiert werden sollen. Die mittelständische Bauwirtschaft hat über Jahrzehnte bei haushaltsfinanzierten Ausschreibungen im Bundesfernstraßenbau ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber in- und ausländischen Baukonzernen unter Beweis gestellt und als Hauptunternehmer mit eigenem Stammpersonal Tausende von Autobahnkilometern mit hoher Qualität und Pünktlichkeit neu- und ausgebaut.

Diese mittelständische Bauwirtschaft wird bei ÖPP-Großprojekten durch die Komplexität und Finanzierungsanforderungen sowie durch mittelstandsfeindliche Rahmenbedingungen nahezu komplett ausgegrenzt. Sie gerät dadurch in die Abhängigkeit von international tätigen Baukonzernen und wird in die Nachunternehmerposition gedrängt.

Dies geht zu Lasten des Wettbewerbs im Bundesfernstraßenbau, aber auch zu Lasten der Arbeitsplätze in der mittelständischen Bauwirtschaft.

Auch der Bundesrechnungshof verneint ausdrücklich die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Modellen im Bundesfernstraßenbau.

Niemand finanziert günstiger als die öffentliche Hand.

Die mittelständische Bauwirtschaft fordert deshalb von den Verantwortlichen in der Politik und der Verwaltung:

Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind über die bewährten mittelstandsgerechten Vergaben nach der VOB/A auszuschreiben und zu vergeben.

Bundesvereinigung Mittelständischer

Bauunternehmen e. V. (BVMB)

Kaiserplatz 3

53113 Bonn

Tel.: 0228 91185-0

Fax: 0228 91185-22

E-Mail: info@bvmb.de

www.bvmb.de



**Bundesvereinigung
Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.**